

Sitzung des Landesbeirats für Immissionsschutz am 4.4.2017

Thema: Änderung der 18. BImSchV, TA Lärm und Kinderlärmprivilegierung

Anlage 3 zum Protokoll

1. Novellierung der TA Lärm

Der Bundesrat hat am 31. März 2017 beschlossen, der TA Lärm (Allgemeine Verwaltungsvorschrift) gemäß Artikel 84 Absatz 2 des Grundgesetzes nach Maßgabe der Änderung bez. der Immissionsrichtwerte zur Nachtzeit in urbanen Gebieten zuzustimmen (Vorbehaltsbeschluss).

Folgt die Bundesregierung der Maßgabe, tritt die TA Lärm ohne weitere Beteiligung in Kraft. Übernimmt die Bundesregierung die Maßgabe nicht, muss sich der Bundesrat erneut mit der TA Lärm befassen, sie kann also nicht ohne weiteres in Kraft treten. Für den Fall der Nichtübernahme hat die Bundesregierung zudem die Option, die Änderung der TA Lärm zurück zu ziehen.

2. Novellierung der 18. BImSchV

Urbane Gebiete

Der Bundesrat hat am 31. März 2017 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 des Grundgesetzes (nach Maßgabe der Änderung bez. der Immissionsrichtwerte zur Nachtzeit in urbanen Gebieten) zuzustimmen.

Bei diesem Verfahren ist der Bundestag beteiligt. Nach Beschluss des Bundesrates ist nun erneut der Bundestag zu beteiligen. Übernimmt er die Änderungen des Bundesrates und verzichtet auf weitere eigene Änderungsvorschläge, tritt die VO in Kraft. Bei Nichtübernahme wird der Bundesrat erneut beteiligt ("Ping-Pong").

Privilegierung Kinder und Jugendliche

Der Bundesrat hat ferner die EntschlieÙung gefasst, die Bundesregierung zu bitten, in enger Abstimmung mit den Ländern vollziehbare Regelungen für eine Privilegierung von durch Kinder und Jugendliche verursachtem Lärm bei der Nutzung von Sportanlagen zu erarbeiten und diese schnellstmöglich umzusetzen. Dieses Verfahren läuft unabhängig von der o.g. Gesetzesänderung. Die Änderungen zur 18. BImSchV können in Kraft treten auch ohne dass die EntschlieÙung umgesetzt wird.

3. Antrag zur Privilegierung von Kinderlärm

Mit der Änderung des BImSchG 2011 hatte der Gesetzgeber klargestellt, dass Geräuscheinwirkungen, die von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielflächen und ähnlichen Einrichtungen wie beispielsweise Ballspielplätzen durch Kinder hervorgerufen werden, im Regelfall keine schädliche Umwelteinwirkung sind. Bei der

Beurteilung der Geräuscheinwirkungen dürfen Immissionsgrenz- und -richtwerte nicht herangezogen werden.

In der Aufzählung der in Bezug auf Kinderlärm privilegierten Einrichtungen sind Sportanlagen im Sinne der 18. BImSchV nicht benannt. Diese Regelungslücke hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalens mit einem Antrag zur Änderung des BImSchG aufgegriffen. Es wird beantragt, § 22 Absatz 1a BImSchG dahingehend zu erweitern, dass auch die Geräuscheinwirkungen von Kindern auf Sportanlagen unter die Privilegierung fallen.

Der entsprechende Antrag wurde am 31.03.2017 vom Bundesrat zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen und wird am 27.04.2017 im Umweltausschuss des Bundesrates behandelt.

Update: Nach der Beratung geht die BR-Initiative, ggf. mit den Änderungsvorschlägen aus den Ausschüssen, am 12.05 in das BR-Plenum zurück und wird dort verabschiedet.